



Europawahl

Für ein Europa der Demokratie und Freiheit

Mit einem Bekenntnis zur europäischen Einigung und zur deutsch-französischen Freundschaft ist die CDU in den Europawahlkampf gestartet.

Auf der Auftaktveranstaltung in Saarbrücken hat Angela Merkel die Europäer aufgerufen, Verantwortung

für den Weltfrieden zu übernehmen. Der Irak-Konflikt habe gezeigt, dass Europa nur dann den Anspruch darauf erheben könne, Einfluss auf weltpolitische Entwicklungen zu nehmen, wenn die europäischen Staaten untereinander einig seien. Da dies in der Irak-Frage ▶

INHALT

Laurenz Meyer:
Regierung moralisch
am Ende
Seite 7

Dokumentation
Rapid Response zur
Rede von Bundeskanzler
Schröder beim
SPD-Wahlkampfauftakt
zur Europawahl
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Hans-Gert Pöttering: Stabilitäts- und Wachstumspakt verbietet weitere Schuldenaufnahme (Seite 6) ■ Carstensen Spitzenkandidat (Seite 8) ■ Bernd Neumann im Amt bestätigt (Seite 9) ■ Landesverband Braunschweig: „Eine starke Region für ein starkes Europa“ (Seite 10) ■ Erwin Teufel: EU-Verfassung muss kommen (Seite 11) ■ Berlin: In 100 Tagen auf Zukunftskurs (Seite 12) ■ Horst Köhler bei der KPV (Seite 14) ■ SU: Worms als ESU-Präsident wieder gewählt (Seite 15) ■ D. Austermann, S. Kampeter: Eichel fehlen 70 Mrd. € bis 2007 (Seite 16-17) ■ M. Meister: Union steht fest zum Europäischen Stabilitätspakt (Seite 17) ■ P. Hintze: Preisstabilität in EU-Verfassung (Seite 17-18) ■ K. Reiche: SPD-Innovationskampagne kommt über Gerede nicht hinaus (Seite 18-19) ■ M. Böhmer: Quantität ersetzt keine Qualität! (Seite 19)

► nicht der Fall gewesen sei, müssten die Staats- und Regierungschefs jetzt Lehren aus dieser Krise ziehen. Europa „darf sich nicht auf einen Logenplatz zurückziehen und von dort aus das Weltgeschehen kommentieren“, betonte die CDU-Vorsitzende.

In ihrer Rede verwies Angela Merkel darauf, dass Deutschlands Wirtschaftskraft eine wichtige Rolle dabei spielen könnte, Europa binnen zehn Jahren zur stärksten Wachstumsregion der Welt zu machen. Kanzler

Schröder habe es jedoch aufgegeben, die Probleme des Landes „ernsthaft lösen zu wollen“. Bei Schröder, Fischer, Clement und Eichel müssten die Bürger mit allem rechnen, wie zuletzt die Diskussion um den Sparerfreibetrag gezeigt habe. Deutschland habe sich zu einem „Experimentierfeld für nicht ausgetragene Konflikte in der Sozialdemokratie“ entwickelt, kritisierte die CDU-Vorsitzende. Nur aus diesem Grund gebe es die Diskussion über eine Ausbildungsplatzabgabe. Anstatt



Alain Juppé, Vorsitzender der franz. Regierungspartei UMP, Angela Merkel und Helmut Kohl

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-802-0, Telefax 0 22 26-802-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €, Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

zukunftsfähige Berufsbilder zu fördern, werde jetzt selbst der Steinkohlebergbau von Rot-Grün gezwungen, sieben Prozent der Schulabgänger auszubilden.

Zugleich machte Angela Merkel deutlich, dass eine unionsgeführte Bundesregierung Deutschland besser regieren würde. Dies beweise ein Blick auf die CDU-regierten Bundesländer. So habe das Saarland unter Ministerpräsident Peter Müller eine überaus positive Entwicklung durchlaufen und sich vom 11. auf den 5. Platz im Ranking der Bundesländer hochgearbeitet. Hierzu habe die solide Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Müller entscheidend beigetragen. Die PISA-Studie zeige, wie unterschiedlich sich das Leistungsniveau der Schüler in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung entwickelt habe. Während die unionsgeführten Länder Sachsen und Thüringen die Plätze drei und vier erreicht hätten, liege Mecklenburg-Vorpommern an 13. und Brandenburg nur an 15. Stelle.

In der Zuwanderungsdebatte stellte sich Merkel hinter den Verhandlungsführer der Union, Saarländers Ministerpräsidenten Peter Müller. Die Vorsitzende hob her-

vor, dass Zuwanderung immer im Kontext mit Sicherheitsfragen diskutiert werden müsse. Merkel versicherte, die Union sei bereit, wieder zu verhandeln. Die rot-grüne Koalition müsse aber erst einmal ihre internen Differenzen lösen. An die Adresse der Grünen sagte Merkel, wer gegen Sicherheitsmaßnahmen bei Terrorverdächtigen sei, die nicht abgeschoben werden können, der habe die Bedrohung der heutigen Zeit nicht verstanden.

Dem Beitrittswunsch der Türkei in die Europäische Union erteilte die CDU-Vorsitzende erneut eine Absage. Mit der französischen UMP sei sich die Union einig, dass der Türkei stattdessen eine Privilegierte Partnerschaft angeboten werden soll.

Laurenz Meyer

Wenn eine Partei in Deutschland die Bezeichnung „Europapartei“ verdient, dann die Union. Dies wurde gleich bei der Begrüßung der 2000 Gäste durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, deutlich. Während die rot-grüne Bundesregierung den Stabilitätspakt ruiniere und Europa

mit nationalen Alleingängen spalte, kämpfe die CDU für einen guten europäischen Verfassungsvertrag, für einen stabilen Euro, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und Europa.

Die Erweiterung der Europäischen Union sei für die



Union ein Grund der Freude gewesen. Schließlich habe die Union jahrzehntelang für die Vision eines vereinten Europas in Frieden und Freiheit gekämpft. In diesem Zusammenhang begrüßte Laurenz Meyer einen „großen Europäer“, dessen Name wie kein zweiter in Deutschland mit Europa verbunden sei: Bundeskanzler Helmut Kohl. Sein Mut und seine Entschlossenheit hätten die europäische Integration unumkehrbar gemacht.

Jetzt gelte es, die erweiterte Union zu festigen und zu vertiefen. Nur ein handlungsfähiges Europa könne

auch ein erfolgreiches und akzeptiertes Europa sein.

In der Diskussion um einen Beitritt der Türkei in die EU verwies Laurenz Meyer auf das Angebot einer Privilegierten Partnerschaft an die Türkei. Mit dieser Position wisse die Union die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland auf ihrer Seite, zeigte sich der Generalsekretär überzeugt.

„Wir brauchen eine erstklassige deutsche Politik in und für Europa“, rief der Generalsekretär den Menschen zu. Eine Politik, die solide, berechenbar und zukunftsweisend sei. In diesem Zusammenhang erinnerte Meyer an die besonders chaotische Politik der rot-grünen Regierungskoalition in den letzten Wochen.

Deutschland habe gute Aussichten, seine Wachstumschancen in Europa zu nutzen – wenn die Politik stimme. Im Gegensatz zu Rot-Grün überzeuge die Union mit den besseren Köpfen und Konzepten. Das zeige auch die erfolgreiche Politik der CDU im Saarland. Unter Peter Müller habe das Saarland zu einer beeindruckenden Aufholjagd angesetzt. Die Regierungsbilanz von Peter Müller mit 40.000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen zeige: „Nicht

nur das Saarland braucht eine starke CDU, sondern ganz Deutschland und Europa!“ Deshalb werde die CDU weiter für ihre besseren Konzepte werben, kündigte Meyer an und rief die Partei auf, um jede Stimme für die CDU bei der Europawahl zu kämpfen.

Helmut Kohl

In seiner Rede forderte der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl die Menschen auf, sich stets der Grundidee des „Hauses Europa“ bewusst zu sein: „Alles, was wir mit Blick auf die Ökonomie und andere Politikfelder tun müssen, war umsonst, wenn wir keinen Frieden haben“, sagte Kohl. Nie wieder dürfe es „Soldatengräber in Europa geben“, bekräftigte der Ehrenbürger Europas. Jetzt nach der Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten müsse am Haus Europa weitergebaut werden, forderte Kohl. Das Haus benötige ein „solides Fundament“ und müsse groß genug sein, damit „alle Völker Europas darin einen Platz finden“. Weiter sagte der frühere Bundeskanzler, bislang habe jede Erweiterungsrunde auch Probleme mit sich gebracht. Deshalb sei es umso wichtiger, mit

„Respekt und Geduld“ zusammenzufinden. Schließlich brauche die Integration so vieler neuer Staaten ihre Zeit. Skeptikern, die den Zuzug neuer Arbeitskräfte oder Nachteile beim Handel



fürchten, sagte Helmut Kohl, Europa könne nicht warten, bis Deutschland seine Hausaufgaben gemacht habe: „Wir müssen aufhören, in dieser wehleidigen Form unsere Probleme auf andere abzuladen“.

Nachdrücklich forderte der Altbundeskanzler die EU-Bürger auf, am 13. Juni von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Menschen müssten mit ihrer Stimmabgabe deutlich machen, dass sie „Ja sagen zum Europäischen Parlament“. Denn nur mit einer hohen Unterstützung könne die Volksvertretung ihre wichtige Aufgabe wahrnehmen und Europa zu einem „demokratischen Gesicht“ verhelfen.

Hans-Gert Pöttering

Ein erweitertes und zugleich friedliches Europa sei das wichtigste Ziel der europäischen Einigung, betonte der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering.

Dass nun auch Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts der europäischen Familie angehörten, hätte sich noch vor wenigen Jahren keiner vorstellen können. „Diese Vision, dieser Traum eines friedlichen und freien Europa ist Wirklichkeit geworden“, sagte Pöttering, der auch Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament ist.

Nicht nur die neuen Mitgliedstaaten könnten von den alten lernen, betonte er. „Wir können auch von ihnen lernen, die sie 50 Jahre unter dem Kommunismus gelitten haben. Wenn wir gemeinsam lernen, dann hat die Europäische Union eine Zukunft.“ Mit seiner unlängst beendeten Reise durch die neuen Mitgliedstaaten setzte Pöttering selbst ein Zeichen der Verständigung.

In der Festigung der erweiterten Gemeinschaft machte Pöttering eine wichtige Aufgabe für die kommenden Jahre aus. Dazu gehöre die Verabschiedung



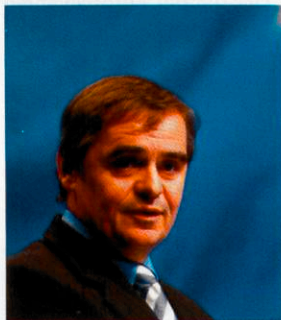
der europäischen Verfassung – einer „Grundlage des Zusammenlebens der europäischen Völker“. Bedeutsam sei, dass das „christliche Erbe Europas Eingang in die Verfassung finde“. Diese Forderung aufrecht zu erhalten – selbst wenn sie vielleicht keine Mehrheit finden könnte – sei ein wichtiges Zeichen. „Hier müssen wir Flagge zeigen.“ Mit scharfen Worten kritisierte Pöttering die Schuldenpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Im kommenden Jahr werde die Regierung Schröder aller Voraussicht nach zum vierten Mal in Folge das Maastrichter Stabilitätskriterium verletzen. Dies sei ein Armutszeugnis für die größte Volkswirtschaft in Europa.

Auch in der EVP-ED-Fraktion habe sich seit der Erweiterung viel verändert, sagte der Europapolitiker. Mit der Erweiterung der Europäischen Union seien 62 neue Kollegen hinzugekommen –

jetzt zähle die Fraktion 294 Abgeordnete. Dank der guten und kooperativen Zusammenarbeit werde aber auch die größere und noch vielfältigere EVP-ED-Fraktion eine gewichtige Stimme in Europa bleiben.

Peter Müller

Saarlands Ministerpräsident Peter Müller verdeutlichte in seiner Rede die Position der Union in der aktuellen Diskussion um das Zu-



wanderungsgesetz. Der Verhandlungsführer der Union in den Zuwanderungsverhandlungen bekräftigte, dass die Union weitere Gespräche von einer abgestimmten Position der rot-grünen Bundesregierung abhängig mache. Der saarländische Gastgeber sagte: „Ohne erkennbaren Sicherheitsgewinn wäre es nicht verantwortlich, ein Zuwanderungsgesetz zu beschließen.“

EVP-ED-Fraktion

Stabilitäts- und Wachstumspakt verbietet weitere Schuldenaufnahme

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat die Bundesregierung angesichts des weiter steigenden deutschen Haushaltsdefizits eindringlich vor der Aufnahme zusätzlicher Schulden gewarnt.

Der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahlen wies in diesem Zusammenhang andauernde Versuche der rot-grünen Bundesregierung zurück, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu „modifizieren“ und damit faktisch zu beerdigen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sei geltendes Recht im Rahmen der EU-Verträge und als solcher einzuhalten. Der Pakt habe zudem wesentlich zur Steigerung der Haushaltsdisziplin in der Europäischen Union und damit zur Schaffung einer stabilen gemeinsamen Währung beigetragen. Pöttering erinnerte daran, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt auch deshalb in die EU-Verträge aufgenommen worden sei, weil sich die Keynesche Wirtschaftstheorie vom „deficit-spen-



Hans-Gert Pöttering

ding“ als Allheilmittel in Konjunkturkrisen bereits in den Siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts als nachweislich falsch erwiesen habe.

„Wir haben in denjenigen EU-Mitgliedstaaten mit den größten Defiziten und insbesondere in Deutschland ein Ausgaben- und vor-

allem ein Wettbewerbsproblem. Versuche, den Pakt für diese strukturellen Defizite verantwortlich zu machen, werden auch durch permanente Wiederholungen nicht glaubwürdiger“, sagte Pöttering. Dies zeige sich schon daran, dass Deutschland immer weiter im Schuldensumpf versinke und auch 2005 zum dann vierten Mal in Folge die Defizitobergrenze von drei Prozent verletzen werde. „Eine zusätzliche Erhöhung der Neuverschuldung zum Stopfen neuer Haushaltslöcher würde diese Spirale nur weiter nach unten treiben. Deshalb führt an der Haushaltskonsolidierung kein Weg vorbei“, betonte Pöttering abschließend.

HINTERGRUND: STEUERSCHÄTZUNG

Der seit 1955 bestehende Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ besteht aus Experten von Bund und Ländern, Forschungsinstituten, Wirtschaftswissenschaften, kommunalen Spitzenverbänden, Bundesbank und Statistischem Bundesamt. Zwei Mal im Jahr prognostizieren sie die

Steuereinnahmen für die öffentliche Hand. Jeweils im Mai steht die „große Steuerschätzung“ an. Dabei geht es um den mittelfristigen Zeitraum. Auf Basis von Wirtschaftsprognosen werden die Etats von Bund, Ländern und Gemeinden für das jeweilige Folgejahr erstellt.

Laurenz Meyer:

B Regierung moralisch am Ende

Die Steuerschätzung zeigt: Eichels Luftblasen-Haushalt ist endgültig geplatzt. Noch nie hat in Deutschland ein Finanzminister die Öffentlichkeit so getäuscht wie Hans Eichel. Schröders Kassenwart hat jetzt schriftlich, dass er wider besseres Wissen die Ausgaben zu niedrig und die Einnahmen zu hoch angesetzt hat. Die Luftblasen, die im Haushalt 2004 eingebaut waren, sind mit der Steuerschätzung geplatzt.

Der Bundesfinanzminister hat voriges Jahr mit Vorsatz den Haushalt manipuliert. Wir haben ihn in den Haushaltsberatungen im vorigen Jahr öffentlich auf rund 20 Milliarden Luftbuchungen im Haushalt hingewiesen, die uns dieses Jahr eine Katastrophe bescheren werden. Seitdem stand die Überschreitung des Drei-Prozent-Kriteriums fest.

Wir erleben die Fortsetzung des Niedergangs dieser Bundesregierung. Hans Eichel trägt nur noch das vor, was ihm der Schattenkanzler Müntefering in den Sprechzettel diktiert hat. Diese Politik von Rot-Grün macht Deutschland ärmer und ist in erster Linie eine Politik ge-

Nichts als heiße Luft:
Die rot-grüne Haushaltspolitik.



Europa 2004: Deutschland kann mehr.

Besser für die Menschen.



gen sozial Schwache in unserem Land. Denn jedes Drehen an der Verschuldungsschraube ist eine zukünftige Steuererhöhung.

Schröders Regierung fehlt jede Orientierung – sie handelt völlig prinzipienlos. Damit untergräbt ausgerechnet Deutschland den Stabilitätspakt und gefährdet die Geldwertstabilität des Euro. Das Defizitverfahren gegen Deutschland wurde ausgesetzt, weil Eichel für 2005 ein Einhalten der Kriterien versprochen hatte – davon kann jetzt keine Rede mehr sein. Das schlechte Beispiel Deutschland führt inzwischen dahin, dass immer mehr Länder in der EU ihre Anstrengung der Haushaltskonsolidierung aufgeben.

Und die Bundesbank sieht inzwischen die Stabilität des Euro in Gefahr.

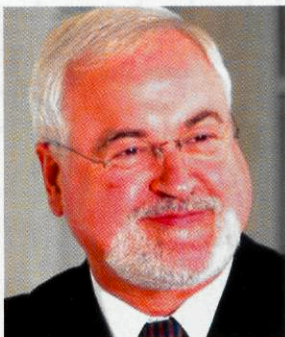
Wir fordern die sofortige Haushaltssperre und einen Kassensturz mit Offenlegung aller Risiken. Der Schlüssel zur Sanierung des Bundeshaushalts ist mehr Arbeit. Nur eine Politik für Wachstum und Beschäftigung mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen für Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt, Reformen bei Sozialversicherungen und Steuern kann eine Umkehr bringen. Die schnellste Lösung allerdings wäre ein Abtreten der Regierung Schröder. Denn die Steuerschätzung ist der letzte Beleg: Die rot-grüne Bundesregierung ist finanziell, geistig und moralisch am Ende.

Schleswig-Holstein

Carstensen Spitzenkandidat

Peter Harry Carstensen ist der Spitzenkandidat für die Landtagswahlen im nächsten Jahr im nördlichsten Bundesland.

Auf der Landesvertreterversammlung in Norderstedt stimmten 98,4 Prozent der Delegierte für den Landesvorsitzenden. Damit wird Carstensen am 20. Februar Herausforderer von Ministerpräsidentin Heide Simonis. Auf die Plätze wählten die Delegierten den Vorsitzenden der Landtagsfraktion Martin Kayenburg, die Umweltpolitikerin Herlich Marie Todsen-Reese, den Leiter der Pro-



Peter Harry Carstensen

gramm-Kommission Johann Wadepful sowie der Wahlkampfmanager Klaus Schlie.

Zu Beginn des Parteitages hatte Carstensen in einer Grundsatzrede die 16-jährige

Regierungszeit der Sozialdemokraten kritisiert. Das Land habe unter der SPD eine fatale Entwicklung genommen. Schleswig-Holstein sei das Land mit dem höchsten Schuldenberg Deutschlands. „Die politische Verantwortung hat Ministerpräsidentin Heide Simonis“, rief Carstensen unter dem Beifall des Parteitages aus. Er wolle als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein „an die großen Zeiten von Kai-Uwe von Hassel, Helmut Lemke, Gerhard Stoltenberg und Uwe Barschel anknüpfen“, sagte der Bundestagsabgeordnete.

NRW: EUROPA BEGINNT IN DEN SCHULEN

Die Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen hat die SPD-Landesregierung aufgefordert, ein umfassendes Programm für die Stärkung der europäischen Dimension in der Schulbildung zu entwickeln.

„Das Europa der Bürger beginnt in den Schulen“, sagte die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ilka Keller, anlässlich eines Fachgesprächs der CDU-Landtagsfraktion. Es komme darauf an, dass alle Schüler in NRW künftig

mehr über Europa wüssten. „Eine wichtige Voraussetzung dafür sind gute Fremdsprachenkenntnisse, aber auch Auslandspraktika und vielfältige Kontakte über internationale Schulpartnerschaften“, erklärte Keller.

Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, die bereits bestehenden Europaschulen in NRW auszubauen, neue Europaschulen im Sekundarbereich zu gründen und ein einheitliches Qualifikationsprofil für alle Europaschulen zu schaffen. Dies

fehle bisher in NRW im Unterschied zu anderen Bundesländern wie Hessen.

„Gerade die bevorstehenden Europawahlen machen deutlich, wie wichtig es ist, dass Europa nicht nur das Europa politischer Verträge, sondern vor allem das Europa der Menschen sein muss. Eine wirklich europäische Bildung ist zugleich die beste Voraussetzung, um in Zukunft in einer immer globaleren Welt beruflich erfolgreich sein zu können“, sagte Keller.

Bremen

Bernd Neumann im Amt bestätigt

Bernd Neumann steht für zwei weitere Jahre an der Spitze der Bremer CDU. Die Delegierten des 100. Landesparteitages bestätigten den Bundestagsabgeordneten mit 95,9 Prozent in seinem Amt.

Bernd Neumann führt den CDU-Landesverband bereits seit fast 25 Jahren. Er ist damit der am längsten amtierende Landeschef in der Geschichte der CDU-Deutschlands. Auf Platz zwei folgt Wilfried Hasselmann, der die CDU Niedersachsen 22 Jahre geführt hatte (1968-1990). Zu Neumanns Stellvertretern wurden mit großer Mehrheit der stellvertretende Regierungschef in Bremen, Bürgermeister Hartmut Perschau, der Bremerhavener Bürgermeister Michael Teiser sowie Kulturstaatsrätin Elisabeth Motschmann wieder gewählt.

In seiner vor den 201 Delegierten mit lang anhaltendem Beifall aufgenommenen kämpferischen Rede nahm Bernd Neumann hauptsächlich die Genossen ins Visier. Mit den Sozialdemokraten an der Weser ging er weniger hart ins Gericht als mit dem Reformtreiben



Bernd Neumann

der Bundesregierung. „Am Ende der Legislaturperiode waren wir in Bremen zwölf Jahre in der Verantwortung, das hat es so lange nie gegeben.“ Noch vor zehn Jahren wäre er ausgelacht worden, hätte er dies prognostiziert. Bei den Bremer Koalitionsverhandlungen habe man sich in der Bildungspolitik durchgesetzt, die Union habe den „Marsch in die Einheitsgesamtschule“ gestoppt. „Allein deswegen hat es sich gelohnt.“ Die Union sei besser aufgestellt als die SPD. Man sieht sich so stark wie nie mit einem Sympathieträger Hartmut Perschau und kompetenten jungen Nachwuchssenatoren. Zudem konnte die CDU ihre Mitgliederzahl halten, während die Sozialdemokraten von einstmalen 17.000

Mitgliedern im Lande Bremen auf nur 6.000 zusammenschumpften.

Unser Ziel: Stärkste Kraft

„Unser Ziel ist es, stärkste Kraft zu werden“, motivierte Bernd Neumann. Dies gelte für die Europawahl am 13. Juni, für die Bundestagswahl 2006 und für die Bürgerschaftswahl 2007. „Die Hamburg-Wahl hat gezeigt, dass Hochburgen zu knacken sind“, so der Parteichef. Mit Kampf und Glück könne man dies erreichen, „dann kann sich die SPD bei ihrem Tiefgang in der Opposition erholen.“

Erholen soll sich auch die Bundesregierung. „Die Uhr ist abgelaufen.“ Haufenweise gescheiterte Reformprojekte und jetzt die Idee, dass auch Bordelle eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen sollen. „Die haben in Berlin nicht alle Tassen im Schrank“, so Bernd Neumann. Als „einmaligen Akt der Täuschung“ sieht er es, wenn die Zahlungen an Bremen aus dem so genannten Kanzlerbrief nicht erfolgen sollten.

Landesverband Braunschweig

„Eine starke Region für ein starkes Europa“

Unter diesem Slogan gab der Landesverband Braunschweig auf seinem Parteitag in Königslutter den regionalen Startschuss für die Europawahl.

Mit dem unter dem gleichen Motto stehenden Leitanspruch positionierte sich die CDU in der Union für den Wahlkampf, erklärte Heinrich-Wilhelm Ronsöhr. „Wir sind im Herzen Europas. Jetzt müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen und sie geschlossen nach außen vertreten“, rief der wieder gewählte Landesvorsitzende die Delegierten auf. Leidenschaftlich brachte der Braunschweiger Europakandidat Uwe Schäfer den Antrag ein. Er warb um Unterstützung bis zum Wahltag am 13. Juni 2004. „Wir sind bereit für einen engagierten Wahlkampf. Mit Kampfeslust und Argumenten sagen wir den Menschen: Geht zur Europawahl – damit die Region Braunschweig in Straßburg gestärkt wird.“

Mit einer schwungvollen Rede begeisterte der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende David McAllister die 300 Teilnehmer des Landesparteitages. „Viel getan. Viel zu tun. Nie-



Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

dersachsen vor neuen Aufgaben in diesem Jahr.“ – so lautete das Motto seiner Rede.

Etliche Spitzen ritt der 33-jährige gegen Sozialdemokraten und Grüne, z.B. bei der Umsetzung der Agenda 2010. So zitierte McAllister einen Vergleich der aktuellen roten Broschüre der Bundesregierung mit der Mao-Fibel aus China und die Wirkung im europäischen Ausland.

Hohes Reformtempo

Aber auch ernste Töne sprach er an, als es um die Verschuldung des Landes Niedersachsen und um die Verwaltungsreform ging. Zur Abarbeitung des Koalitionsvertrages und den Er-

folgen der neuen Landtagsmehrheit sagte er: „Wenn wir mit diesem hohen Tempo weiterfahren, müssen wir 2006 vielleicht Neuwahlen ansetzen.“

Als besonderer Überraschungsgast erschien gegen Ende des Parteitages der Generalsekretär der Niedersachsen-CDU. Friedrich-Otto Ripke überbrachte herzliche Grüße aus der großen Landespartei. Er bewunderte die Harmonie und Geschlossenheit der Braunschweiger Verbandes. Alle CDU-Mitglieder rief er auf, sich engagiert für eine hohe Wahlbeteiligung am 13. Juni einzusetzen.

NEU GEWÄHLTER LANDESVORSTAND

Landesvorsitzender:

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, 95,7%

Stellvertretende

Landesvorsitzende:

Hermann Eppers, 95,1%
Heidemarie Mundlos, 79,1%
Frank Oesterhelweg, 74,9%

Schatzmeister:

Carsten Müller 93,0%

Baden-Württemberg

EU-Verfassung muss kommen – Brief an Kanzler Schröder –

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel hat Bundeskanzler Schröder aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der EU-Verfassungsvertrag nun zügig zustande kommt. „Nach dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedsstaaten ist nun ein günstiger Zeitpunkt für die neue Verfassung da“, erklärte das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands.

In einem Schreiben an Bundeskanzler Schröder betonte der Ministerpräsident, er hoffe, dass noch unter irischer Präsidentschaft eine Einigung über den Verfassungsvertrag nahe am Konventsentwurf zustande komme. Baden-Württemberg werde die Verhandlungen der Regierungskonferenz auch weiterhin konstruktiv begleiten.

Zu Meldungen, die Bundesregierung erwäge eine gemeinsame deutsch-französische Ratifizierungsstrategie hinsichtlich des künftigen Verfassungsvertrages, sagte Erwin Teufel, er persönlich könne sich nicht vorstellen, dass der Bundes-



Erwin Teufel

rat sich in eine solche Ratifizierungsstrategie einbinden lassen würde. „Vielmehr gehe ich davon aus, dass der Bundesrat auf seine verbrieften Verfassungsrechte pochen und selbst entscheiden wird, zu welchem Zeitpunkt er das Ratifizierungsverfahren einleitet“, so der Ministerpräsident.

Aus Ländersicht wies Erwin Teufel gegenüber dem Bundeskanzler nachdrücklich auf die wichtigsten Verhandlungsziele der Regierungskonferenz hin.

Ministerpräsident Erwin Teufel schrieb wörtlich: „Die Präambel des Verfassungsvertrages muss einen Gottesbezug enthalten und das christliche Erbe Europas beinhalten. Es ist mehr als be-

merkenswert, wie die Frage des Gottesbezugs und der Verankerung des christlichen Erbes sich zu einem Eckstein der Verfassungsdiskussion und deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit entwickelt hat. Auch deswegen sollte die Regierungskonferenz hier zu echten Fortschritten kommen.

Im Hinblick auf die Geldwertstabilität bitte ich Sie dringend, sich dafür einzusetzen, dass die Bestimmungen des Vertrages von Maastricht zur Geldwertstabilität auch im künftigen Verfassungsvertrag erhalten bleiben. Nach meiner Meinung würde das gesamte Projekt der künftigen Europäischen Union in den Augen der Bevölkerung diskreditiert werden, wenn die Stabilität des Euro in ernsthafte Gefahr geriete. Die Stabilität des Geldwertes ist gerade für die unteren Einkommensschichten von hoher sozialer Bedeutung. Ferner müssen die gesamten Bestimmungen über die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank unverändert der bisherigen Vertragslage entsprechen.“

Berlin

In 100 Tagen auf Zukunftskurs

Als wichtigen Schritt hin zu einem klaren Profil als stärkste Oppositionspartei hat der Vorsitzende der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Nicolas Zimmer, die Ergebnisse einer Fraktionsklausurtagung bewertet.

Die beschlossenen Punkte stellen Bausteine für ein 100-Tage-Programm als Alternative zur rot-roten Konzeptionslosigkeit dar, erklärte der Fraktionsvorsitzende. „Die Berliner haben damit die Wahl zwischen konzeptionslosem Streichen, exorbitanter Neuverschuldung, Stagnation und Rückschritt bei SPD und PDS und einem Programm aus Aufbruch und Chancen bei der CDU.“

So fändet sich im Programm neben der Erarbeitung transparenter Privatisierungs- und Sanierungsstrategien die Einführung eines Bürokratie-TÜVs wieder. Verwaltungsvorschriften sollten nur bei nachgewiesener Notwendigkeit erhalten bleiben. Dazu kämen im Bereich Arbeit und Wirtschaft eine Neuorientierung bei der Weiterbildung und Wirtschaftsförderung. Durch eine Reduktion der damit verbundenen Subventionsleistun-



Nicolas Zimmer

gen könne andererseits eine Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes als Anreiz zur Ansiedlung realisiert werden. Darüber hinaus solle eine „Task Force“-Schattenwirtschaft eingesetzt werden und die Erhaltung des Flughafens Tempelhof als City-Airport verfolgt werden.

Bei den Hochschulen sieht das Programm die Einführung eines Stufenmodells mit sozial verträglichen Studiengebühren vor, wobei die Einnahmen komplett in den Hochschulen verblieben. Daneben werde es frühe Eignungsprüfungen bei den Studierenden geben. Die Mittelvergabe an die Universitäten werde nach Leistung und Erfolg in Lehre und Forschung vorgenommen. Eigenverantwortung, Wettbewerb und Qua-

litätssicherung würden zur Grundlage für ein schlankes Hochschulgesetz.

Beim Thema Innere Sicherheit unterstreicht die CDU ihre Ablehnung eines Abbaus im Polizeivollzugsdienst. Ebenso müssten ausgebildete Polizeianwärter in Anbetracht der personellen Situation in den Landesdienst übernommen werden. Außerdem votiert die CDU für die Wiedereinführung der Schleier- und Rasterfahndung, die Videoüberwachung gefährlicher Orte und die Aufnahme des Finalen Rettungsschusses in das Polizeigesetz.

Die Förderung der Integration von Ausländern werde im Rahmen eines neuen Integrationsgesetzes insgesamt erhöht. Andererseits werde zugunsten einer verbesserten Integration dauerhaft in Deutschland lebender Ausländer die Abschiebung derjenigen beschleunigt, die ausreisepflichtig sind.

Zimmer abschließend: „Unser Konzept soll Berlin in 100 Tagen auf Zukunftskurs bringen. Jeder Tag, an dem Rot-Rot in Berlin aussitzt, ist ein verlorener Tag für unsere Stadt.“

Deutschland kann mehr – auch in Europa

Mit ihrer Auftaktveranstaltung am 8. Mai in Saarbrücken hat die CDU Deutschlands die heiße Phase des Europa-Wahlkampfes eingeläutet.

Bis zum 13. Juni werde die CDU „Angriffs- und Kompetenzelemente“ miteinander kombinieren, kündigte Generalsekretär Laurenz Meyer bei der Vorstellung des Kino- und des TV-Spots im Sony-Center in Berlin an. Die CDU sage also nicht nur, dass „Rot-Grün es nicht kann“, sondern präsentiere gleichzeitig überzeugendere Lösungen – für Deutschland und Europa.

Die Europakampagne wird koordiniert mit der ebenfalls am 13. Juni stattfindenden Landtagswahl in Thüringen und den Kommunalwahlen. Auf diese Weise könnten die vorhandenen Kräfte optimal genutzt werden, betonte Laurenz Meyer. In diesem Zusammenhang unterstrich der Generalsekretär, dass die CDU der Europawahl eine hohe Bedeutung als Stimmungsbarmeter beimesse. Denn die Bürger hätten am 13. Juni bundesweit die Chance, Rot-Grün eine saftige „Quittung“ auszustellen.

Meyer machte deutlich,

d a s s
jetzt der
Bundes-
redner-
einsatz
a n g e -
l a u f e n
s e i m i t
i n s g e -
s a m t 58
E i n s ä t -
z e n b i s
z u m 11.
J u n i .

Insbesondere die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel werbe im Wahlkampf mit einem hohen persönlichen Engagement in allen Teilen der Republik für die bessere Politik der CDU. Ab dem 17. Mai startet die Fernsehwerbung. Der TV-Spot wird jeweils 8 mal in ARD und ZDF ausgestrahlt sowie mehr als 150 mal in den privaten Fernsehkanälen. Vom 3. bis 9. Juni wird der Kinospot auf über 500 Leinwänden bundesweit zu sehen sein. Zusätzlich werden in den öffentlichen-rechtlichen Radiostationen zwei Hörfunkspots der CDU ausgestrahlt.

Nicht nur in ihren Wahlkampf-Spots, auch in ihren Plakatmotiven greift die CDU in der angelaufenen



zweiten Plakatierungswelle den Zusammenhang zwischen geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit immer wieder auf. Zugleich führt sie mit dem Basketball-Motiv eindringlich vor Augen, dass „Deutschland wieder oben mitspielen“ kann, vorausgesetzt die Politik steuert in die richtige Richtung. Daneben wird das Thema Innere Sicherheit im Wahlkampf hervorgehoben. Insgesamt setzt die CDU-Bundesgeschäftsstelle 4.000 Wesselmänner und über 10.000 kommerzielle Großflächen in der Zeit vom 26. April bis zum 13. Juni ein.

Schaltzeiten der Werbespots bei den öffentlich-rechtlichen Sendern:
→ www.cdunet.de

Horst Köhler zu Gast bei den Kommunalpolitikern

Die Lage der Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltung stand im Mittelpunkt eines Informationsgesprächs des Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, Horst Köhler, bei der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV).

In Zeiten der Globalisierung müsse auf die Gemeinden, Städte und Kreise sowie auf die ehrenamtlich Tätigen in der kommunalen Selbstverwaltung eine vorrangige Aufmerksamkeit gelenkt werden, sagte Horst Köhler. Der KPV-Bundesvorsitzende Peter Götz MdB, erklärte, dass die Kommunalpolitiker der Union große Hoffnungen auf die Präsidentschaft von Horst Köhler setzen würden. Der ehemalige Direktor des Internationalen Währungsfonds würde durch intensive Kenntnisse der heutigen und zukünftigen Probleme der Demokratie vor Ort überzeugen. „Horst Köhlers Herz schlägt für die Kommunen“, so Peter Götz.



Peter Götz im Gespräch mit Horst Köhler

Steinbach bleibt Vertriebenen-Präsidentin

Erika Steinbach ist mit großer Mehrheit in ihrem Amt als Präsidentin der Vertriebenen für weitere zwei Jahre bestätigt worden.

Auf der Versammlung des Bundes der Vertriebenen stimmten 74 der 79 Delegierten für die CDU-Bundestagsabgeordnete. Auch die Vizepräsidenten Adolf Fetsch, Wilhelm von Gottberg, Hans-Günther Parplies, Albrecht Schläger, Matthias Sehling und Helmut Sauer, Vorsitzender

der Ost und Mitteldeutschen Vereinigung, der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU, wurden wiedergewählt. Erika Steinbach ist seit 1998 Präsidentin des Dachverbandes von 21 Bundeslandmannschaften und 16 Landesverbänden und Landmannschaften. Der Bund der Vertriebenen hat rund zwei Millionen Mitglieder.

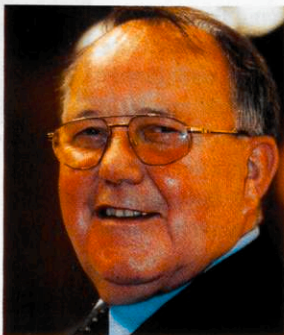


Senioren Union:

Worms als ESU-Präsident wieder gewählt

Der Ehrenvorsitzende der Senioren Union der CDU Deutschlands, Bernhard Worms, ist auf dem V. Kongress der Europäischen Senioren Union (ESU) für weitere drei Jahre in seinem Amt als Präsident bestätigt worden.

Worms rief auf dem Kongress dazu auf, die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union (EU) als Chance zu begreifen: „Wir christlichen Demokraten stehen für ein Europa in Frieden und Freiheit – in der Tradition Kon-



Bernhard Worms

rad Adenauers und Helmut Kohls.“ In einer mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten „Bonner Erklärung“ fordert die ESU

von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, die „Diskriminierung Älterer im gesellschaftlichen Leben“ zu bekämpfen. Zu diesen Formen der Diskriminierung zählt u. a. die erzwungene Frühverrentung, die Altersbegrenzung öffentlicher Ämter sowie die Einschränkung von Beschäftigung Lebensälterer.

Die ESU ist der Zusammenschluss von 30 christlich-demokratischen und konservativen Seniorenorganisationen aus 19 Ländern in Europa.

JUNGE UNION: FREIHEIT STATT STAATSWIRTSCHAFT

Anlässlich der Verabschiedung des rot-grünen Gesetzentwurfes zur Aus-bildungsplatzumlage hat die JU die Aktion gestartet „Durch Umlegen schafft man keine Ausbildungsplätze, Genosse Müntefering!“

„Mit dem Ausbildungsplatzumlagegesetz beschreitet Rot-Grün den Weg in die Staatswirtschaft. Betriebe, die keine geeigneten Auszubildenden finden, wegen ihrer schwierigen Geschäftslage nicht ausbilden können oder in Branchen tätig sind, in denen es kaum Ausbildungsberufe gibt, werden mit der Arbeitsplatzabgabe unverschuldet zusätzlich belastet,“ so der JU-Bundesvorsitzende, Philipp Mißfelder.

Ziel sei es, in der JU, in JU-nahen Kreisen und in der gesamten Bevölkerung kundzutun, wie Rot-Grün die knappe Bundestagsmehrheit für ideologische Fehltritte missbraucht.



Eichel fehlen 70 Mrd. € bis 2007

Erklärung anlässlich der Ergebnisse der Steuerschätzung:

Die Steuerschätzer haben den Schätzvorschlag des Bundes deutlich nach unten korrigiert; für den Optimismus des Bundesfinanzministers gab es bei den Instituten und der Bundesbank keine Rückendeckung. Damit wird der Scherbenhaufen für Hans Eichel noch größer: Gegenüber dem geltenden Finanzplan muss er bis 2007 66,7 Mrd. € Steuerausfälle verkraften.

Nach drei Jahren Stagnation rechnen die Steuerschätzer nur noch mit unwesentlichen Zuwächsen bei den Steuereinnahmen. Die Einnahmen bei der Lohnsteuer und vor allem der Einkommensteuer liegen deutlich unter den bisherigen Erwartungen. Lediglich für die Gemeinden ist gegenüber der Schätzung von vor einem Jahr mit Einnahmeverbesserungen zu rechnen, da die Gewerbesteuerumlage abgesenkt wurde.

Angesichts der dümpelnden Konjunktur haben alle Gebietskörperschaften auf Jahre hinaus dramatische Einnahmeausfälle – bei gleichzeitig steigenden Kosten - zu

verkraften. In jedem Falle ist eine totale Revision der Finanzplanung von Bund und Ländern nötig.

Für den Bund ist im dritten und vierten Jahr mit neuen Rekorden bei steigenden neuen Schulden zu rechnen. Die Neuverschuldung steigt 2004 auf 45 Mrd. € und 2005 auf 50 Mrd. €. Die Investitionen erreichen gerade die Hälfte dieser Beträge.

Die Verfassung und der Maastrichtvertrag werden immer dreister gebrochen. Die Summe aus Sozial-, Versorgungs-, Zins- und Personalausgaben dürfte bald die Höhe der Steuereinnahmen erreichen. In Zukunft drückt vor allem das Zinsrisiko bei ständig steigenden Schulden immer stärker.

Seit 1999 hat Eichel 190 Mrd. neue Schulden gemacht. Allein dafür fallen jährlich fast 10 Mrd. zusätzliche Zinsen an. Was passiert, wenn die Zinsen steigen, mag man sich gar nicht vorstellen. Gleichzeitig wurden zu Beginn des Jahres die Kohlesubventionen kräftig aufgestockt, obwohl der Weltmarkt dramatisch steigende Kohlepreise verzeichnet. Die weltwirtschaftliche Entwicklung brummt und die deut-



Dietrich Austermann



Steffen Kampeter

sche Bundesregierung hat Watte in den Ohren. Mit nachhaltiger Politik hat das nichts zu tun!

Die heutige Zwischenbilanz ist in der Tat eine Pleite-Erklärung der bisherigen Politik der letzten fünf Jahre. Anzeichen für eine positive Veränderung sind solange nicht erkennbar, wie nicht mit einem stärkeren Wachstum gerechnet werden kann. Das ist jedoch nur mit Strukturveränderungen und nicht mit der „Agenda Zick-Zack“ zu erreichen.

Wir brauchen ein totales Umsteuern, eine vertrauenswürdige Politik, einen ehrlichen Kassensturz mit Offenlegung aller Risiken, einen sofortigen Nachtragshaushalt mit Haushaltsbegleitgesetz, Kürzungen und Sparmaßnahmen im konsumtiven Bereich (die Ausgaben müssen an die stagnierenden Einnahmen angepasst werden), Subventionsabbau und schnelle Strukturereformen. Mit dem Schönrechnen Eichels muss endgültig Schluss sein.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionsprecher und **Steffen Kampeter** ist der Obmann im Haushaltsausschuss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Union steht fest zum Europäischen Stabilitätspakt

Stellungnahme anlässlich der Diskussion zur erneut drohenden Verletzung der Maastricht-Kriterien durch Deutschland in 2005:

Die Union steht fest zum Europäischen Stabilitätspakt und zum Erfordernis der strikten Einhaltung der Maastricht-Kriterien, mit denen die laufende Verschuldung auf höchstens 3,0 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Gesamtverschuldung auf 60 % des BIP begrenzt werden.

Ausdrückliches Ziel des Maastricht-Vertrages ist es sogar, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Die Koalition hat es versäumt, in konjunkturell besseren Zeiten zu sparen. Intelligentes Sparen über ein Haushaltssicherungsgesetz ist dringend angesagt. Konservative Ausgaben des Staates sind bereits im laufenden Haushalt konsequent, zügig und nachhaltig zurück zu führen, um Freiraum für In-

vestitionen und eine Entlastung der Bürger auch durch eine große Steuerreform zu schaffen.

Die Schuldenmacherei von SPD und Grünen ist ein unverantwortlicher Rückgriff in die Mottenkiste von Rezepten der 70er Jahre, ein Angriff auf die Gestaltungsfähigkeit der Politik sowie auf die Zukunftschancen der nächsten Generation. Sie ist ein Angriff auf die Verfassungsmäßigkeit des Bundeshaushalts, die Grundfesten der europäischen Strukturen und die Stabilität des Euro.

Deutschland braucht umgehend moderne, zukunftsorientierte, verantwortungsvolle Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und im Steuerrecht. Die Union hat hierzu weit gehende, konkrete Vorschläge gemacht und in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Konsolidierung muss über strukturelles Wachstum erreicht werden.

Rot-Grün setzt die Prioritäten grundlegend falsch, wenn sie jetzt einseitig auf zusätzliche Verschuldung und staatliche Ausgabenprogramme setzen. Von weiteren grundlegenden Reformen möchte die Regierung ganz offenbar in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nichts mehr wissen. Die bis-



Michael Meister

herigen Reformen waren dermaßen mit handwerklichen Fehlern belastet, dass Rot-Grün nun vor dem Hintergrund der katastrophalen demoskopischen Umfragen der Mut verlassen hat. Mit Rot-Grün ist derzeit kein Staat zu machen.

Michael Meister ist der finanzpolitische Fraktionsprecher.

Preisstabilität in EU-Verfassung

Erklärung zur Schuldenpolitik der Bundesregierung und zur Zukunft des europäischen Stabilitätspaktes:

Bei den Schlussberatungen zur Verfassung muss das „inflationfreie Wachstum“ als EU-Ziel in Artikel I – 3 verankert werden. Die Preisstabilität ist seit 1957 an zentraler Stelle in den europäischen Verträgen festgeschrieben. Im Konvent ist



Peter Hintze

sie bedauerlicherweise gegen den heftigen Widerstand von CDU und CSU aus den Zielen der Europäischen Union entfernt worden. Jetzt sollte der Warnschuss der EZB ernst genommen und die Preisstabilität gemeinsam mit dem Wachstum zu den wirtschaftlichen Zielen der Europäischen Union aufgenommen werden.

Jetzt, da die Fiskalscharlatanerie eines Oskar Lafontaine mit Macht zurückkehrt und Wirtschaftspolitik durch Verschuldung betrieben wird, ist ein Stabilitätsanker in der Verfassung von allerhöchster Bedeutung. Wer die Wirtschaftspolitik mit Staatsverschuldung betreibt, verhält sich wie ein Feuerwehrmann, der mit Öl versucht, ein Feuer zu löschen. Nur eine feste Verfassungsbestimmung kann das endgültige Aus des Stabilitätspaktes und damit eine ungehemmte Verschuldungspolitik noch verhindern.

Peter Hintze ist der europapolitische Fraktionssprecher.

SPD-Innovationskampagne kommt über Gerede nicht hinaus

Erklärung zum Innovationskongress der SPD-Bundestagsfraktion:

Die Innovationskampagne von Bundeskanzler Schröder ist auch fünf Monate nach ihrem Start über Gerede nicht hinausgekommen. Sie besteht im Wesentlichen aus:

■ **Werbesprüchen.** Ein Innovationskongress der SPD folgt dem nächsten. Keine Woche ohne Reden über Innovationen. Allein es fehlen die Taten.

■ **Schönrechnen von Forschungsausgaben:** Die Bundesregierung prahlt bei jeder Gelegenheit, dass sie die Forschungs- und Entwicklungsausgaben erhöht hat. Nach eigenen Angaben waren es im Zeitraum von 1998 bis 2003 allerdings insgesamt nur 12,4 Prozent. In diesem Jahr wird der Haushalt des BMBFs um fast eine Viertel Milliarde Euro erleichtert. Die Forschungsorganisationen erhalten zwar einen 3%igen Aufwuchs, werden dafür faktisch aber von der Projektförderung

ausgeschlossen. Rechte Tasche, linke Tasche ...

■ **Ungedeckten Schecks:** Woher das Geld für die mit markigen Worten angekündigten Milliarden-Programmen für Hochschule und Forschung kommen soll, weiß niemand. Im Haushalt der Bundesministerin Bulmahn ist davon nichts zu sehen. Noch nicht einmal das Aufholen des diesjährigen Fehlbetrags ist sicher.

Der ständige Verweis auf die Eigenheimzulage ist eine Farce. Wofür sollte sie nicht alles schon ausgegeben werden. Wenn Kanzler Schröder Mittel für Forschung und Innovation haben will, dann muss er endlich wahr machen, was er immer wieder ankündigt: Vergangenssubventionen in Zukunftsinvestitionen umzuwandeln. Der Vorschlag der Union liegt auf dem Tisch: 5 Mrd. Euro aus den Steinkohlesubventionen.

Genauso wichtig ist die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, denn die Unternehmen sind demotiviert. Sie forschen kaum noch im Inland, verlagern ihre Aktivitäten ins Ausland. Bei uns wird durch Rot-Grün Technik kaputtgemacht. Der Entwurf zum Gentechnikgesetz zielt auf die Verhinderung der Anwendung der Grünen Gentechnik ab. Die Chemikalien-



Katherina Reiche

politik der EU läuft aus dem Ruder die deutsche Regierung schaut zu. Wenn sie Realität wird, sind plastisch gesprochen alle deutschen Chemielabore rund ein Jahr mit formalen Nachuntersuchungen beschäftigt. Und auch mit dem Ausstieg der Kernenergie und der Kernenergieforschung verabschiedet sich Deutschland von wichtigem technologischem Know-How.

Bürokratie und Kosten nehmen täglich zu. Das rot-grüne Projekt der Ausbildungsplatzabgabe zieht schätzungsweise allein 170 Mio. Euro Verwaltungskosten im Jahr nach sich; Geld, was logischerweise nicht mehr für Wirtschaftskraft und Innovationen in Deutschland zur Verfügung steht.

Wir brauchen keine SPD-Innovationskongresse mehr, keine Innovationsbüros und keine Versprechungen. Wir brauchen endlich einen Kraft-

akt in der Forschungsfinanzierung und gute Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen in Deutschland.

Katherina Reiche ist die forschungspolitische Fraktionssprecherin.

Quantität ersetzt keine Qualität!

Stellungnahme zur heutigen Erklärung von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn nach einem Jahr Ganztagsschulbauprogramm:

Es ist nicht überraschend, daß alle Bundesländer an den Fördermitteln des Bundes teilhaben wollen. Von 10.000 neuen Ganztagssschulen, die die Bundesregierung versprochen hat, ist indes keine Rede mehr. Vielen bestehenden Schulen wurde einfach ein neues Label aufgeklebt. Viele Fragen bleiben bis heute offen:

Heißt Ganztagssschule mehr Lernzeit für Schüler, mehr pädagogische Betreuung, mehr Raum für kreativen und anspruchsvollen Unterricht? Oder bleibt es in vielen Fällen nicht einfach bei länger geöffneten Schultoren, bei ausgeweiteten Anwesenheitspflichten für die Lehrkräfte und kleinen Kooperationsverträgen mit Vereinen?



Maria Böhmer

Richtig rund läuft das Bulmahnsche Programm nicht. Nicht ohne Grund kritisiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Berlin, dass der rotrote Senat das Bulmahnsche Ziel, Grundschulen zu Ganztagssschulen zu machen, mit einer Billiglösung auf dem Rücken von Lehrern und Kindern verwirklichen will.

In Berlin wie andernorts ist festzustellen, dass im Gegenzug zu einem Mehr an Ganztagsschulangeboten umgehend andere Betreuungsangebote gestrichen werden. Es fehlt an Qualität. Nur die Zahl der Schulen zu erhöhen, ohne auch ihre personelle und infrastrukturelle Ausstattung ansonsten zu verbessern, hilft weder Kindern noch Eltern und Lehrern.

Maria Böhmer ist die für die Bereiche Bildung und Forschung zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende.



Broschüre „Damit Deutschland wieder oben mitspielt“

Bestell-Nummer: **H136**
Preis je 100 Stück: **12,00 €**
inkl. MwSt.: 12,84 €



Leporello „Das will die CDU für Europa“ – Europamanifest

Bestell-Nummer: **H137**
Preis je 200 Stück: **7,00 €**
inkl. MwSt.: 7,49 €



Folder „Ganz einfach: Briefwahl“

Bestell-Nummer: **H141**
Preis je 250 Stück: **5,00 €**
inkl. MwSt.: 5,35 €



Folder „EU-Erweiterung“ Was erwartet Deutschland?“

Bestell-Nummer: **H142**
Preis je 250 Stück: **12,00 €**
inkl. MwSt.: 12,84 €

BESTELLUNG MATERIALIEN GRUNDAUSSTATTUNG

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Marketing & Interne Kommunikation
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Fax: 030 22070-389

- Neue Werbemittel -



CDU-ID-Band

Bestell-Nummer: **9833**
 Preis je 20 Stück: **15,00 €**
 inkl. MwSt.: 17,40 €

Spielkarten „Französisches Bild“

Bestell-Nummer: **9540**
 Preis je 50 Stück: **29,00 €**
 inkl. MwSt.: 33,64 €

Spielkarten „Deutsches Bild“

Bestell-Nummer: **9507**
 Preis je 50 Stück: **29,00 €**
 inkl. MwSt.: 33,64 €



Blumendose: Blumensamen – Mittagsgold/Gazanie –

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst – direkt aus der Dose.
 Alles was die Pflanze braucht, ist schon in der Dose enthalten.
 Sie brauchen nur noch Wasser dazugeben (Pflegeanleitung liegt bei).

Bestell-Nummer: **9118**
 Preis je 50 Stück: **10,50 €**
 inkl. MwSt.: 12,18 €



Endspurt für die Europawahl!

Europa Sonnenschirm, ohne Fuß

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0541**

Preis je Stück: ~~30,00 €~~ **35,90 €**

inkl. MwSt.: ~~44,04 €~~ **41,64 €**



CDU-Europacap

Bestell-Nummer **9416**

Preis je Stück: ~~2,00 €~~ **1,50 €**

inkl. MwSt.: ~~2,37 €~~ **1,74 €**

Euro-Sammelalbum

12 Euro-Länder/96 Münzen. Einfach die einzelnen Münzen in die passenden Stanzungen drücken.

Bestell-Nummer: **9021**

Preis je Stück: ~~5,00 €~~ **6,80 €**

inkl. MwSt.: ~~9,80 €~~ **7,89 €**



Euro-Malbuch

Bestell-Nummer: **9744**

Preis je 25 Stück: ~~100 €~~ **5,90 €**

inkl. MwSt.: ~~8,12 €~~ **6,84 €**

Sommerpack

Der ideale Begleiter für einen Ausflug. Bestehend aus: Stoffbeutel, eine Thermoskanne mit zwei Bechern.



Bestell-Nummer: **9025**

Komplettpreis: **6,00 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €

Alle Artikel sind auch einzeln zu bestellen:

Stoffbeutel

Er ist mehr als nur ein Beutel. Durch die beiden seitlich zusammenziehbaren Kordeln, kann man ihn auch als Rucksack tragen. Sehr geeignet für Informationsmaterialien und Streuartikeln bei Canvassingaktionen.

Bestell-Nummer: **9026**

Preis je 5 Stück: **7,50 €**

inkl. MwSt.: 8,70 €



Becher-Set

Set besteht aus 4 Kunststoffbechern in gelb, orange, hellblau und grün.

Bestell-Nummer: **9028**

Preis je 1 Set: **4,40 €**

inkl. MwSt.: 5,10 €

Thermoskanne

Kunststoffgehäuse, Thermosinnenteil aus Glas für 0,25 l Inhalt.

Bestell-Nummer: **9027**

Preis je 1 Stück: **3,60 €**

inkl. MwSt.: 4,18 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Handzettel

Bestell-Nummer: **0913**
Preis je 500 Stück: **18,00 €**
inkl. MwSt.: 20,88 €



Rahmenplakat

DIN A1, Bestell-Nummer: **8451**
Preis je 50 Stück: **18,00 €**
inkl. MwSt.: 20,88 €

DIN A0, Bestell-Nummer: **8452**
Preis je 50 Stück: **30,00 €**
inkl. MwSt.: 34,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de